



Michael Brie

**Eine andere
Regierung ist möglich!**
**Jenseits der Mitte-Links
Regierungen in Europa**

Aufsatz zur zweiten Lateinamerika und Europa Konferenz, 27.-29. Juni 2010 in Brüssel,
organisiert von der Rosa Luxemburg Stiftung Brüssel

1 Eine neue strategische Situation

1.1 Das kurze sozialdemokratische Jahrzehnt und die Wiederkehr der Konservativen

Nach der Bundestagswahl 1998 wurden dreizehn von fünfzehn Regierungen der damaligen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union von Sozialdemokraten geführt. Nur Spanien und Irland bildeten eine Ausnahme. Innerhalb von einem Jahrzehnt hat sich dieses Bild völlig umgekehrt. Die linke Mitte ist europaweit schon lange in der Defensive.

Selbstkritik der Linken der letzten zwanzig Jahre ist der Ausgangspunkt jeder wirklichen Erneuerung. Denn die Lebensziele, politischen Überzeugungen und der Politikstil des wichtigsten Führungspersonals war nicht mehr links, die Ergebnisse der Politik standen in keinem Zusammenhang mit linken Zielen und die kooperative Basis für eine gemeinsame linke Formation zerfielen. Zugespitzt formuliert: *Diese Linke wusste nicht mehr, was sie wollte. Sie wollte nicht mehr, was sie konnte. Sie konnte nicht mehr, was für sie und die Bundesrepublik gut gewesen wäre.*

Aber nicht nur die persönliche Motivation war in diesem Fall nicht links. Auch die Auffassungen einer ganzen Führungsgeneration der Linken waren es nicht mehr. Erinnert sei an das gemeinsame Papier, das Gerhard Schröder und Tony Blair auf dem Höhepunkt linker Regierungsmacht in der Europäischen Union 1999 vorlegten. Dort hieß es, dass wirtschaftlicher Erfolg und eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik vor allem von Rahmenbedingungen für ein »einwandfreies Spiel der Marktkräfte« abhängig seien. Die Sozialdemokraten hätte viel zu lange die »Schwächen der Märkte über-, ihre Stärken unterschätzt«. Die »Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten« (also die Beiträge der Arbeitgeber für Renten, Arbeitslosen- und Krankenversicherung) hätte für »eine zukunftsorientierte, beschäftigungsfreundliche Steuer- und Abgabenstruktur besondere Bedeutung«. Und Peter Mandelsons Satz – »we are utterly relaxed about some people getting filthy rich« – hatte sich spätestens dann ad absurdum geführt, als die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Orgie der Bereicherung anderer bezahlen sollen.

Die Ergebnisse dieser »modernen« Wirtschaftspolitik in Deutschland sind der zugespitzte Ausdruck der ganzen Misere einer vergangenen Mitte-Links-Politik:

- eine wachsende Kluft zwischen den unteren und oberen Löhnen (die Bundesrepublik führt mit einem Anteil von 22 Prozent Niedriglohnarbeitnehmern im kontinental-europäischen Vergleich);
- eine Ungleichheit, die in wenigen Jahren auf USA-Niveau stieg (14 Prozent sind einkommensarm und die oberen zehn Prozent konnten von 1993 bis 2007 ihren Anteil am Nettovermögen von rd. 45 auf über 60 Prozent erhöhen);
- stagnierende Reallöhnen, ein sinkendes Rentenniveau, gebremste Binnennachfrage, die geringste Nettoinvestitionsquote aller hochentwickelten Länder und reduziertes Wirtschaftswachstum bei starkem Kapitalexport;
- eine Senkung der Lohnquote zwischen 2000 und 2007 von 72 auf 64 Prozent bei gleichzeitiger Halbierung der Investitionsquote (die wachsenden Gewinne und Ver-

mögen wurden also entgegen aller Versprechen nicht produktiv investiert, sondern spekulativ angelegt und trugen so zu der Finanzblase wesentlich bei)

- ein Ausbleiben einer wirklichen ökologischen Wende.

Zu den bedrückendsten Seiten der neuen Unbekümmertheit sozialdemokratischer oder auch grüner Politik gehörte die Bereitschaft, sich aktiv an den neuen Kriegen im postkommunistischen Zeitalter zu beteiligen. Und wenn jetzt immer wieder die offizielle Afghanisprachregelung der Bundesregierung kritisiert wird, dann sei an Joschka Fischer erinnert, der im Zusammenhang mit dem NATO-Angriff auf Jugoslawien verkündete: »Wir führen keinen Krieg, wir leisten Widerstand, verteidigen Menschenrechte, Freiheit und Demokratie.« Bomben seien nötig, »um die Serbische SS zu stoppen.«

Im Ergebnis einer solchen Politik zerfiel nicht zuletzt in Deutschland die *Kooperationsfähigkeit* der Linken. Vom engen Bündnis von SPD und Gewerkschaften einerseits und Grünen und sozialen Bewegungen andererseits blieb vor allem die Bitterkeit von Kämpfen gegeneinander und viel Fremdheit. Mit den Anti-Hartz-IV-Demonstrationen wandte sich erstmals seit dem »NATO-Doppelbeschluss« eine Massenbewegung gegen die SPD in der Regierung. Die Bildung der WASG als Kind von linken Gewerkschaftern, linken Kräften der SPD und Resten der unabhängigen Linken bis hin zu jenen, die sich nach dem Jugoslawienkrieg von den Grünen abwandten, wurde zum Ausdruck der Tatsache, dass die gesellschaftliche Linke keine politische Pendant mehr besaß. Mit der Linkspartei ist nun eine dritte Kraft im parteipolitischen Feld aktiv, das zur breiteren Linken gerechnet wird. Jede Organisation und Bewegung konzentrierte sich auf die unmittelbaren eigenen Ziele – zwangsläufig borniert. Da die Kraft zur grundlegenden Veränderung fehlte, waren die Kämpfe zumeist strukturalistisch oder verblieben in der bloßen Negation des »Nein«, dem kein glaubwürdiges »Ja« entsprach.

Die Unfähigkeit, eine wirkliche breite gesellschaftliche Bewegung gegen die Krisenpolitik erst unter CDU/CSU und SPD und jetzt unter der schwarz-gelben Regierung zu organisieren, sind Ausdruck der Defensive der Linken. Die Krise des Kapitalismus traf auf eine Linke, die in Trümmern lag: tief delegitimiert, frustriert und blockiert. Wie Hans-Jürgen Urban (IG Metall) schrieb: »Eigentlich stünde also ein sozial-ökonomischer Systemwechsel an. Doch dazu bedarf es eines agierenden Akteurs, einer handlungswilligen und -fähigen Linken, und die ist weit und breit nicht in Sicht. Vielmehr weist die Linke eher Lähmungserscheinungen auf, als dass sie aus der historischen Bestätigung ihrer Kapitalismuskritik politischen Honig saugen könnte.«¹ Diese Situationsbeschreibung von 2009 könnte sich 2010 bis 2012 sich aber jetzt ändern. Aus der fragmentierten, defensiven, strukturalistischen gesellschaftlichen Linken könnte eine integrative und offensive Kraft der Transformation entstehen und die Spaltung von »Realpolitik« und »radikalem Widerstand« durch die Gemeinsamkeit einer »radikalen Realpolitik« abgelöst werden². Dazu aber muss die Linke sich mit großem Mut und Entschlossenheit neu erfinden.

¹ Hans-Jürgen Urban: Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung. http://hans-juergen-urban.de/archiv/literatur/2009_mosaik_linke_bfduip.pdf, S. 2.

² Michael Brie (Hrsg.): Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik. Berlin 2009.

1.2 Die Krise in der Krise

Mit der Kette von Krisen seit 2008 ist gerade der europäische Kapitalismus in eine Phase der Instabilität geraten. Gerade weil er über ein Jahrhundert lang eine Balance von Kapitalismus, Demokratie und Sozialstaat entwickelt hat, ist er besonders gefährdet. Denn diese Balance lässt sich im Finanzmarkt-Kapitalismus immer weniger aufrecht erhalten. Der starke europäische Kapitalismus ist so zu einem schwachen Kettenglied des globalen Finanzmarkt-Kapitalismus geworden. Hier scheinen die verschiedenen Optionen der weiteren Entwicklung besonders hart aufeinanderzuprallen – ein autoritär imperial geprägter Entwicklungsweg, ein sozialdemokratisch multilateraler Finanzmarkt-Kapitalismus, ein entzivilisierter Kapitalismus und emanzipatorische Alternativen³. Der schnelle Wechsel innerhalb der herrschenden Fraktionen zwischen konservativem und sozialdemokratischem Neoliberalismus, die instabilen Allianzen der Machtsicherung, die erzwungene Inkongruenz von Methoden und Zielen und vor allem der immer düster werdende Horizont, der keine Verheißungen mehr enthält, sondern nur noch die Drohungen eines langen Marschs durch Zeiten von Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Unsicherheit künden einen Epochenbruch an: Das Weiter-So wird unmöglich⁴ Die Politik des immer gequälteren »Muddling Through« – zu deutsch: des sich Durch-Wurstelns – kommt an sein Ende. Aber dies stimmt nur dann: Wenn dieser Politik ein Ende gemacht wird. Es reicht nicht, wenn die Herrschenden nicht mehr können und die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr wollen wie bisher. Es bedarf machbarer Alternativen, die auch Macht auf ihrer Seite haben – die Macht der Überzeugung, die Macht der Kooperations- und Handlungsfähigkeit, die Macht realistischer Gestaltungskraft.

Organische gesellschaftliche Krisen⁵ kann man mit Theaterdramen vergleichen. Sie bestehen aus fünf Akten: (1) dem unmittelbaren Krisenausbruch, der die Stabilität tiefgreifend erschüttert und außerordentliche Notmaßnahmen erzwingt; (2) einer Krise in der Krise, bei der offensichtlich wird, dass die getroffenen Maßnahmen die Instabilität nicht zu reduzieren vermögen, sondern zu einer weiteren Zuspitzung führen; (3) dem Zerschlagen des herrschenden Blocks und der Formierung von alternativen Ansätzen; (4) der experimentellen Verfolgung neuer, oft gegensätzlicher Entwicklungspfade; und (5) die Durchsetzung einer neuen Entwicklungsweise auf der Basis eines neuen gesellschaftlichen (Herrschafts-) Bündnisses.⁶

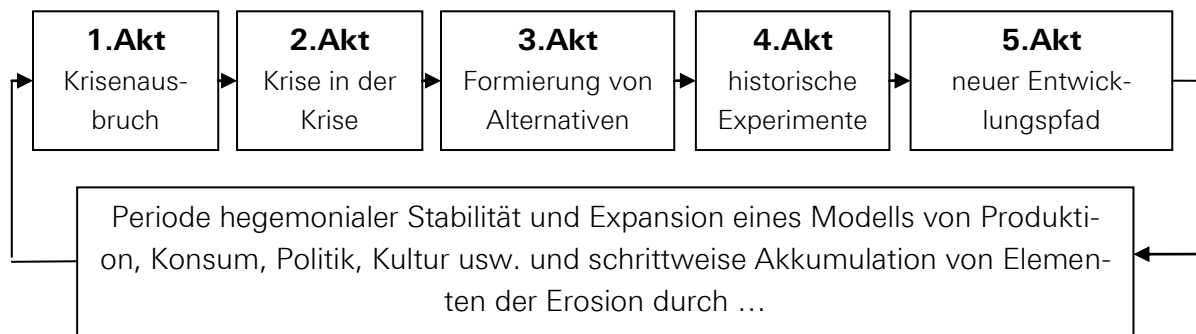
³ Vgl. dazu ausführlich Brie, Michael, a.a.O., S. 30 ff.

⁴ Klein, Dieter: Krisenkapitalismus. Wohin es geht, wenn es so weitergeht. Berlin 2008.

⁵ Vgl. zum Begriff der organischen Krise und seiner Anwendung auf die gegenwärtige Entwicklung Candeias, Mario: Passive Revolutionen vs. sozialistische Transformation. RLS papers 2010 (http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/rls-paper-Candeias_2010.pdf).

⁶ Vgl. dazu beispielhaft für den New Deal in den USA: Fraser, Steve, Gerstle, Gary (eds): The Rise and Fall of the New Deal Order, 1930-1980. Princeton, N.J.: Princeton University Press 1999.

Grafik 1: Die fünf Akte einer organischen Krise



Die Jahre 2008 und 2009 stellen den ersten Akt der gegenwärtigen Krise dar. Dieser erste Akt eines länger andauernden Dramas war durch das eklektische Nebeneinander gegensätzlicher Maßnahmen gekennzeichnet. Dieses Nebeneinander erwies sich als ein beeindruckendes Rezept der Herrschenden, um in der Krise die Kontrolle nicht zu verlieren.⁷ Monetarismus und Keynesianismus, europäischer Rettungsschirmen und Wettbewerbsstaaten, Green New Deal und Abwrackprämie, Schuldenbremse und Konjunkturprogramme, Lohnzurückhaltung und Steuergeschenke, subventionierte Kurzarbeit und Investitionspritzen, sektorale Mindestlöhnen und stagnierende Renten wurden zugleich realisiert. Es wurde ein Block geschmiedet von exportorientierten Großunternehmen und Banken, zentralen Gruppen der organisierten Lohnarbeiterschaft und breiteren Mittelschichten. Dieser Block wurde unter Inkaufnahme von wachsender Staatsverschuldung und sehr gegensätzlichen Politikansätzen zusammengehalten. Die Basis dafür war schon nach den Wahlniederlagen der Sozialdemokratie und der allgemeinen Diskreditierung neoliberaler Politik spätestens seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts gelegt worden.

Die Kraft, in verschiedene Richtungen zugleich zu gehen, nimmt jedoch ab. Die jetzige Krisenkoalition basiert nicht auf einem produktiven Akkumulationsregime, die benutzten Regulationsweisen sind völlig gegensätzlich, die Interessen divergieren und die Ressourcen, um Konsens zu erkaufen, werden mit jeder neuen Krise weiter verheizt. Aus den stolzen Herren der Krise sind jämmerliche Knechte des eigenen Krisenmanagements geworden. Ein Weiter-So scheint immer unwahrscheinlicher.

Die Schockwirkungen des Jahres 2010 in Europa haben den zweiten Akt der Krise eingeleitet und zunächst vor allem die Wahrnehmung der Situation geändert: Es ist unübersehbar geworden, dass auf der Geschäftsgrundlage neoliberaler Politik in absehbarer Zeit keine Besserung zu erwarten ist. Die Rezepte der herrschenden Politik gegen die Pest der Krise sind wie die Cholera. Aus der Wirtschafts- und Finanzkrise ist nun eine Krise der Staaten und der Europäischen Union geworden. Der *lender of last resort*, die Staaten, sind selbst gefährdet – finanziell, wirtschaftlich, sozial und letztlich auch politisch. Es wird immer schwieriger, die gegensätzlichen Interessen zu befriedigen. Damit zerbricht aber die Koalition von Kräften, die die Stabilität in der ersten Phase der Krise gesichert hatten. Es kommt zur Krise in der Krise.

⁷ Zur ausführlichen Darstellung dieser Strategien: Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus. A. a. O.

Zwei Szenarien sind in Deutschland relativ wahrscheinlich. Einerseits kann nicht ganz ausgeschlossen werden, dass es dem herrschenden Block auf einige Zeit gelingt, für zwei oder drei Jahre, die Krisenkoalition zusammenzuhalten. Die Reserven dafür sind noch nicht völlig aufgebraucht und vor allem hat sich bisher keine attraktive handlungsfähige Alternative formiert. Ohne eine solche Alternative kann auch ein denkbar schlechter Zustand andauern. Andererseits können jähe Wendungen nicht mehr länger ausgeschlossen werden. Die Instabilität ist so groß geworden, dass ein schneller Wechsel der Politik seitens bestimmter Machtgruppen und eine Neuausrichtung immer wahrscheinlicher werden. Weitere Schocks können das Gebäude politischer Stabilität zum Einsturz bringen. Die Chancen für alternative Ansätze nehmen zu, die Gewinne, die sich Akteure erhoffen können, wenn sie den regierenden Block verlassen, werden größer.

2 Konturen einer neuen hegemoniefähigen Linken

»Krise ist ein produktiver Zustand«, so Max Frisch, »man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.« Die Kunst, dieses »nur« vor allem für und mit den Schwächeren in der Gesellschaft zu leisten, ist linke Krisenkunst. Sie ist heute gefragt.

Der Zerfall neoliberaler Hegemonie wird nicht zwangsläufig durch eine linke Gegen-Hegemonie ersetzt, sondern diese muss bewusst geschaffen werden. Hegemonie wie Gegen-Hegemonie sind *Zusammenhänge*, Relationen des Verschiedenen. Es gibt weder einen sozialen noch einen politischen Akteur, mit dessen Interessen »letztendlich« die Interessen aller anderen benachteiligten Gruppen zusammenfallen würden. Mit Laclau und Mouffe bedeutet dies, »dass das Verhältnis zwischen sozialen Agenten nur insofern demokratischer werden kann, als sie die Partikularität und die Begrenzung ihrer Ansprüche akzeptieren; das heißt nur insofern, als sie ihre wechselseitigen Beziehungen als unabdingbar von Macht durchdringen akzeptieren«⁸. Kooperation hat die Verschiedenheit und die Eigeninteressen der Beteiligten zur Voraussetzung und hebt sie nicht auf – aber sie kann, sie muss sie verändern. Nur durch eine solidarische und zugleich produktive Veränderung der Interessen werden sie gesellschaftlich mächtig und können der Unterwerfung unter die Vormacht herrschender Kreise entkommen. Nur in einem sie selbst verändernden Zusammenhang erhalten sie Wirkungsmacht und können auf Ergebnisse hoffen, die allein nicht erreichbar gewesen wären. Gegen-Hegemonie hat drei entscheidende Bedingungen: (1) neue Bündnisse, (2) transformatorische Projekte, (3) kooperationsfähige linke Kräfte und eine realistische Machtopption starke demokratische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

2.1 Neue Bündnisse

Klassengesellschaften stellen Pyramiden von Eigentum und Macht dar. Aber gerade deshalb, weil die Lasten so ungleich verteilt sind, brauchen die Oberen ein bestimmtes Maß an Zustimmung zu ihrer Herrschaft. Wie aber kann diese gesichert werden, wenn die Spaltung der Gesellschaft derart aggressiv vorangetrieben wird? In der marxistisch inspirierten Tradi-

⁸ Ernesto Laclau; Chantal Mouffe: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Herausgegeben und übersetzt von Michael Hintz und Gerd Vorwallner. Wien 2000, S. 28

tion wurde lange Zeit unterstellt, dass große gesellschaftliche Gruppen (Klassen und Schichten) fixierte Interessen haben, die sie mehr oder minder adäquat zum Ausdruck bringen oder aber daran nur durch „falsches Bewusstsein“ gehindert werden. Die reale Widersprüchlichkeit der sozialen Lage und die Möglichkeit, verschiedene Wege einschlagen zu können, führen aber dazu, dass ein und dieselben Gruppen sehr gegensätzliche Strategien verfolgen können und dabei erst ihre Interessen konkret bestimmen. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Lohnarbeiter können durch nationale oder sogar rassistisch artikulierte Abwehr von Migranten ihre Interessen zu verteidigen suchen (und deshalb in Italien die Lega Nord bzw. in Österreich die FPÖ und BZÖ wählen) oder durch den Ausbau eines solidarischen Sozialstaats. Frauen mit hoher Qualifikation können an einem Niedriglohnsektor interessiert sein, damit die Reproduktionsarbeit (Haushalt und Kinder) für sie kostengünstig individuell übernommen wird, oder aber sich für hochqualifizierte steuerfinanzierte öffentliche Dienstleistungen einsetzen.

Tabelle 1: Sozio-politische Milieus in Deutschland

marktwirtschaftlich orientierte Mittelschichten	etablierte oder aufsteigende qualifizierte und hochqualifizierte Kräfte mit mittlerer bis oberer Leitungsverantwortung vor allem in der privaten Industrie
sozial-libertäre Mittelschicht	Gruppen im Bereich der sozialen, kulturellen und humanorientierten Dienstleistungen sowie der Kulturwirtschaft mit höherer Bildung, verankert nicht zuletzt im öffentlichen oder öffentlich geförderten Sektor
zufriedene Aufsteiger	Personen mit mittlerer Qualifikation, die einen beträchtlichen Aufstieg geschafft haben und eine hohe Eigeninitiative ausüben können, oft in handwerklichen Berufen und als Selbstständige
bedrohte Kernbelegschaften	die durch Umstrukturierung und Krise bedrohten Kerngruppen von industriellen und industrienahen Lohnabhängigen mit mittlerer Qualifikation
subproletarische Gruppen	die moderneren diskriminierten Gruppen (wie Arbeitslose, Working Poor etc.), das sog. untere Prekariat
traditionale untere Gruppen	mit niedriger Qualifikation, in einfachen Tätigkeiten, oft Renterinnen oder Rentner

Quelle: vereinfacht nach Neugebauer 2006

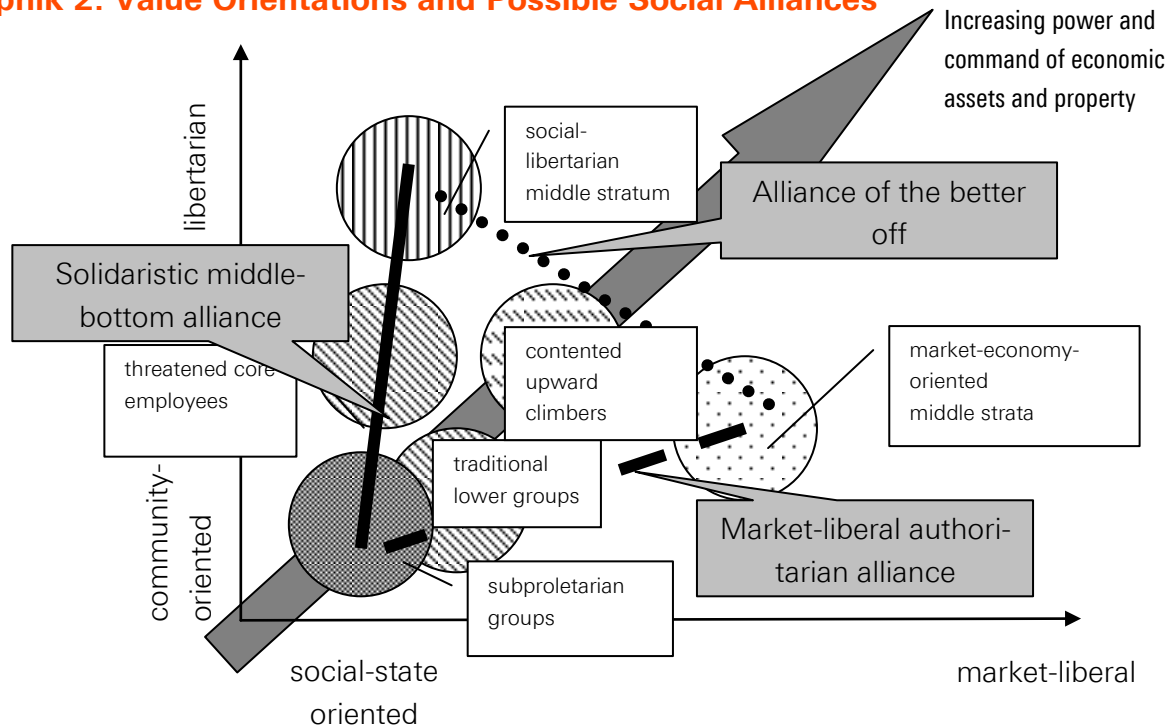
Die Bevölkerungsmehrheit in der Bundesrepublik unterhalb der herrschenden Eliten kann sehr vereinfacht in sechs größere Gruppen eingeteilt werden (siehe Tabelle 1). Sie unterscheiden sich erstens nach ihrer Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess (der von links unten nach rechts oben weisende diagonale Pfeil symbolisiert wachsende Verfügung über Eigentum, Vermögen und Macht). Ausgehend von ihrem Platz in diesem System beziehen sich die sozialen Gruppen stärker positiv auf den Sozialstaat bzw. sind für „freie Märkte“ (horizontale Dimension) und setzen vor allem auf individuelle Selbstbestimmung (libertäre Werte) bzw. auf die Gemeinschaftlichkeit (vertikale Dimension) (Grafik 2). Die oberen Schichten mit einem höheren Maß an Verfügung über die Ressourcen sind gespalten, weil sie in zwei Sektoren tätig sind – entweder in der Privatwirtschaft oder aber im stärker

öffentlich geprägtem Raum des öffentlichen Dienstes, der sozialen, kulturellen und humanorientierten Dienstleistungen. Erstere vertreten marktwirtschaftliche und gemäßigt autoritäre Einstellungen. Wettbewerb und Weisung sind ihre Leitideen. Letztere dagegen haben eher libertäre und sozialstaatliche Werte. Sie wissen um die Bedeutung von Aushandlung und Ausgleich. Jene, die von der Verfügung über Eigentum, Vermögen und Macht ausgeschlossen sind, wollen einen starken Sozialstaat und haben teils solidarisch-gemeinschaftliche oder aber autoritäre und sogar rassistische Einstellungen. Häufig werden diese Unterscheidungen durch weitere Faktoren wie Geschlecht oder Alter modifiziert, und entsprechend verändert sich das politische Orientierungsverhalten.

Um Mehrheiten zu gewinnen, sind drei Bündnisse möglich. Jede der genannten Gruppen kann direkt in zwei der drei Bündnisse aktiv eingebunden werden und in ihnen ihre Interessenvertretung sehen: (1) ein Bündnis der Bessergestellten, jener, die durch Qualifikation und Stellung über eine relativ sichere Position verfügen und überdurchschnittliche Einkommen realisieren können; (2) eine marktliberal-autoritäre Allianz und schließlich (3) ein solidarisches Mitte-Unten-Bündnis (siehe dazu ausführlich Brie 2007).

- Das **Bündnis der Bessergestellten** ist eine Klassenallianz der herrschenden marktzentrierten Eliten und der oberen Mittelschichten. Schröder und Fischer haben die Rot-Grüne Regierung auf eine Politik der Neuen Mitte ausgerichtet, die die gering verdienenden Lohnarbeiter und unteren Gruppen politisch abschrieb und die Interessen der Vermögenden und „Leistungsträger“ zur Leitschnur nahm. Auch das Projekt eines Neuen Gesellschaftsvertrages im Rahmen des Green New Deal hat wesentliche Züge eines Bündnisses der Bessergestellten im Rahmen einer ökologischen Modernisierung.
- Die **marktliberal-autoritäre Allianz** vereinigt unter der Vormacht derselben Eliten die privat-marktwirtschaftlichen Mittelschichten und bindet jene Gruppen der unteren Mitte und der Marginalisierten ein, die hoffen, durch Ausgrenzung anderer (Migranten, „Sozialschmarotzer“ usw.) ihre eigene Stellung verbessern zu können und dabei staatliche Unterstützung erwarten. Der neue Konservatismus in Deutschland, Frankreich oder Italien ist bemüht, die bedrohten Gruppen der Lohnabhängigen und traditionellen unteren Schichten für eine marktliberal-autoritäre Allianz zu gewinnen, die den Wirtschaftsnationalismus und die Kern-EU zum Markenzeichen hat. Um die gleiche Gruppe kämpfen auch die Vertreter eines „völkischen Antikapitalismus“ (vgl. Kaindl 2007).
- Ein **solidarisches Mitte-Unten-Bündnis** würde sich vor allem auf die Interessen dreier Gruppen orientieren: (a) der Mittelschichten, die vor allem im Bereich des Öffentlichen, aber auch selbständig tätig sind, (b) der von neoliberaler Politik bedrohten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und (c) jener, die von der Deklassierung erfasst sind und nach solidarischen Lösungen suchen. Es wäre auf Partner in jenem Teil der politischen Eliten angewiesen, die durch ihre Verankerung im Staat Gemeinwohlinteressen aufnehmen wollen und würde die Interessen durch Einstiegsprojekte einer sozialökologischen Transformation zu verbinden suchen.

Graphik 2: Value Orientations and Possible Social Alliances



2.2 Transformatorische Projekte

Die Situation einer strukturkonservativen Vereinzelung defensiver Kämpfe kann nur dann überwunden werden, wenn es eine gemeinsame Zielperspektive gibt, die allen gemeinsam besserer Chancen gibt – sei es als höhere soziale Sicherheit, sei es neue Entwicklungschancen, sei es sozialer Aufstieg. Wie Wolfgang Fritz Haug mit Bezug auf Gramsci schreibt »Historisch progressiv« ist eine Klassenformation dank ihrer geschichtlichen »Produktivität«, d.h. der von ihr getragenen Expansivität eines konkreten politisch-ökonomischen Regimes, dank dessen sie »die ganze Gesellschaft vorantreibt, indem sie nicht nur den existenziellen Erfordernissen nachkommt, sondern ihre Führungskräfte durch eine fortwährende Inbesitznahme neuer industriell-produktiver Tätigkeitsbereiche erweitert« und so die glaubhafte Erwartung individueller »Lebensperspektiven« speist⁹. Im Folgenden soll ganz kurz auf einige solcher Ansätze eingegangen werden. Sie sind nicht repräsentativ für das Ganze der Linken, aber sie verweisen auf neue Entwicklungen, die sich von denen nach 2005 deutlich unterscheiden.¹⁰ Der gemeinsame Anlass für diese Konzepte waren die Bundestagswahlen 2009 und das Bemühen, alternative Positionen in die Diskussion zu bringen.

Als ein Beispiel sei das von der Friedrich-Ebert-Stiftung noch vor den Bundestagswahlen entwickelte Konzept »Deutschland 2020«. Grundlage ist der Ansatz des »sozialen Wachs-

⁹ Haug, Wolfgang Fritz: Hegemonie. In: HKWM, Bd. 6/I, S. 14 f.

¹⁰ Vgl. zum damaligen Stand: Michael Brie: Segeln gegen den Wind. Bedingungen eines politischen Richtungswechsels in Deutschland. In: Michael Brie; Cornelia Hildebrandt; Meinhard Meuche-Mäker: Die LINKE. Wohin verändert sie die Republik? Berlin 2007, S. 259 – 318.

tums«, das der neoliberalen Wachstumspolitik gegenübergestellt wird und Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit miteinander verbinden soll. Nachfragesicherung und Produktivitätssteigerung stehen im Zentrum, aber sie sollen völlig neu gestaltet werden. Auch dieses Modell ruht auf vier Säulen:

- **Steigerung der Produktivität** durch Investitionen in Bildung; flächendeckende und entgeltfrei angebotene qualifizierte Kinderbetreuung; besondere Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund; überdurchschnittliche öffentliche Investitionen usw.;
- **Erhöhung der Beschäftigung** durch den massiven Ausbau eines starken öffentlichen und privaten Dienstleistungssektors mit hoher Qualifikation insbesondere in den Bereichen Bildung und Gesundheit; aktive Arbeitsmarktpolitik und Schritte zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie usw.;
- **Sicherung der Binnennachfrage** durch eine gerechtere Einkommensverteilung und eine expansive Geldpolitik der EZB sowie eine europäische koordinierte Steuer- und Lohnpolitik;
- **Verbesserung der Verteilung** durch Teilhabe der Löhne entsprechend des Produktivitätsfortschritts und wachsende Lohnquote auf der Basis von hoher Beschäftigung, angemessenen Mindestlöhnen und einer steuerlichen Entlastung der unteren Einkommen.¹¹

Interessant ist dieses Konzept auch methodisch, indem es das »Basisszenario« eines Weiter-So mit dem Szenario »Soziales Wachstum« vergleicht und zu dem Ergebnis kommt, dass ein durch die soziale Neuorientierung der Wirtschaftspolitik deutlich höheres Wachstum, eine sehr geringe Arbeitslosigkeit, ausgeglichene Staatshaushalte und eine wesentlich stärkere Beteiligung der ärmeren Teile der Bevölkerung am Wohlstand bei sinkender Arbeitszeit erreichbar ist (Tabelle 2). Die Horrorszenarien des Zusammenbruchs der sozialen Sicherungssysteme wird ad absurdum geführt, da soziales Wachstum auch bei besseren Leistungen zu einem geringeren Sozialversicherungssatz führt. Während die unteren und mittleren Gruppen überdurchschnittlich von einem solchen sozialen Wachstum profitieren, sind aufgrund des insgesamt gestiegenen Einkommens auch die oberen zwanzig Prozent nicht negativ betroffen.

¹¹ Eine soziale Zukunft für Deutschland. Strategische Optionen für mehr Wohlstand für alle. Wiso Diskurs der FES, Februar 2009.

Tabelle 2: Vergleich unterschiedlicher Szenarien wirtschaftlicher Entwicklung – das Weiter-So vs. eine Politik sozialen Wachstums¹²

Tabelle 10:

Schlüsselgrößen im Basisszenario und im Szenario „Soziales Wachstum“

	Ausgangswerte 2008	Basisszenario 2020	„Soziales Wachstum“- Szenario 2020
BIP pro Kopf in T€*	29,5	34,3	37,9
Stundenproduktivität in €*	52,0	67,8	83,5
Erwerbstätige in Tsd.	40.424	37.487	42.116
Effektive Jahresarbeitszeit je Beschäftigten in h	1.318	1.309	1.064
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Tsd.	28.579	24.340	30.522
Arbeitslosenquote in %	7,6	9,3	1,3
Reale Inlandsnachfrage in Mrd. €*	2.157	2.414	2.760
Privater Konsum pro Kopf in T€*	15,7	17,8	19,8
Reale Staatsnachfrage in Mrd. €*	419	488	547
Nettoexportquote in %	9,9	11,2	8,3
Lohnquote, unbereinigt in %	66,8	60,6	67,6
Realer Jahresnettolohn in T€*	16,1	17,0	21,0
Einkommensanteil ärmstes Fünftel in %	8,8	8,1	10,3
Einkommensanteil reichstes Fünftel in %	37,0	38,6	35,2
Staatsausgabenquote in %	39,1	36,6	36,3
Aggregierter Sozialversicherungssatz in %	38,4	42,4	33,2

* zu Preisen von 1995
Quelle: Bartsch, K. u. a. (2009)

Die gemeinsamen Eckpunkte dieser und anderer Konzepte linker Kräfte in Deutschland sind (wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung):

- die Zentralität des sozialökologischen Umbaus;
- der Ausbau eines stark öffentlich geförderten und hochqualifizierten Dienstleistungssektors auf den Gebieten Bildung und Gesundheit sowie Pflege;
- die Stärkung der Mitbestimmungsrechte von Staat und Belegschaften in der Wirtschaft (Wirtschaftsdemokratie);
- die strikte Regulierung der Finanzmärkte, ihre Unterordnung unter die Realwirtschaft und die Stärkung öffentlicher Finanzinstitutionen sowie eine massive Umverteilung von oben nach unten und von privat hin zu öffentlich;
- die Orientierung auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im industriellen und vor allem auch Dienstleistungssektor sowie auf schwächere soziale Gruppen (Jugendliche, Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner sowie Menschen mit migrantischem Hintergrund) sowie Sektoren einer ökologischen Transformation und der Wissensgesellschaft .

Alle diese Ansätze gehen davon aus, dass im Ergebnis ein anderes Entwicklungsmodell entsteht, das die jetzige Knappheit von Ressourcen für soziale und ökologische Aufgaben

¹² Deutschland 2020. Aus der Krise in eine soziale Zukunft. Wiso Diskurs der FES, Juni 2009, S. 37.

und globale Solidarität überwindet. Es sind Konzeptionen der Expansion der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit insbesondere im Bereich der Dienstleistungen und der Ressourcenproduktivität auf der Grundlage einer sozialökologischen Transformation. Die Umsetzung dieser Konzepte verlangt *erstens* die Bereitschaft zu einer relativ hohen Staatsverschuldung, um den Umbau einleiten und stabilisieren zu können und schnell soziale Effekte zu realisieren. Nur dadurch ist die soziale Basis einer derartigen Transformation zu sichern. Wie auch der New Deal oder der Neoliberalismus müsste eine sozialökologische Transformation in der Anfangsphase einen ungedeckten Scheck auf die Zukunft ausstellen. *Zweitens* ist der harte Eingriff in die Verteilungsverhältnisse unumgänglich – gleichermaßen aus finanziellen wie aus Erwägung der Legitimation und Gerechtigkeit. Das Lohnniveau in Deutschland muss durch eine konzertierte Aktion vor allem im Dienstleistungsbereich und bei den unteren Lohngruppen schnell angehoben und überschüssige Vermögen müssen durch eine moderate Enteignung («Millionärssteuer», «Erbchaftssteuer» usw.) und die wirksame Einschränkung spekulativer Geschäfte dem Gemeinwohl zugeführt werden. Der enorme wirtschaftliche, politische und kulturelle Einfluss der Finanz- und Vermögenselite wäre zu überwinden. *Drittens* wäre zumindest innerhalb der Europäischen Union und vor allem zwischen Frankreich und Deutschland eine Koordination der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Steuer- und Lohnpolitik notwendig. Es müssten Korridore geschaffen werden, die Ungleichgewichte von Exporten und Importen ausgleichen, die Sozialausgaben an das Entwicklungsniveau binden (ein höheres Niveau verpflichtet zum Ausbau des Sozialstaats) und die Löhne an die jeweilige relative Produktivität koppeln. Das Europa der negativen, der bloßen Marktintegration¹³ ist am Ende. Jetzt ist es offensichtlich geworden, dass die Europäische Union nicht ohne Wirtschafts-, Sozial- und Umweltunion zu haben ist. *Viertens* muss die Linke über die ungeheuren Möglichkeiten sprechen, die ein sozialökologischer Umbau für ein solidarisches Zusammenleben und emanzipatorische Lebensweisen bietet. Anders produzieren und anders leben muss auch einer Bedrohung zu einer Hoffnung werden. Der eigentliche Skandal ist, dass wir weit unter unseren menschlichen Möglichkeiten leben, dass wir die neuen technologischen und kulturellen Potentiale marktförmig und konsumistisch einengen. Der heutige Reichtum verdammt viele zur Armut und macht menschlich arm – durch schlechte Arbeit, unsolidarische Lebensbeziehungen, Vermarktungszwang, Ausgrenzung und Prekarität.

In diesem zweiten Akt der Krise zeichnen sich eine Reihe von Einstiegsprojekten ab¹⁴, die es den sozialen und politischen Akteuren erlauben, im Lichte eines möglichen neuen Entwicklungspfad ihre Interessen neu zu definieren. Es entsteht ein konkreter Raum der Alternativität, ohne den keine wirkliche Transformation möglich ist. Aber ohne eine Verwirklichungsoption bleibt dieser Raum nur eine abstrakte Möglichkeit. Erst mit der Macht, diesen Raum zu organisieren, entsteht ein Zentrum, auf das sich die verschiedenen Akteure beziehen können.

¹³ Karrass, Anne; Schmidt, Ingo; Huffschmid, Jörg; Deppe, Frank: Europa: lieber sozial als neoliberal. Hamburg 2004.

¹⁴ Zum Konzept der Einstiegsprojekte vgl. Brangsch, Lutz: »Der Unterschied liegt nicht im Was, wohl aber in dem Wie«. Einstiegsprojekte als Problem von Zielen und Mitteln im Handeln linker Bewegungen. In: Brie, Michael (hrsg.): Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik. Berlin 2009, S. 39 – 52.

2.3 Kooperationsfähige linke Akteure, eine realistische Machtoption und breite demokratische Bewegungen

Die gewerkschaftlichen, sozialen und politischen Kräfte sind auf die Doppelstrategie von dosiertem Konflikt und Kooperation mit den Herrschenden angewiesen, solange keine andere Option erkennbar ist. Protest und Arrangement bis hin zur Ein- und Unterordnung sind unvermeidlich, wenn kein Richtungswechsel möglich scheint. Radikalismus und Realpolitik fallen auseinander. Ein und dieselben Organisationen verfolgen auf fast schizophrene Weise gegensätzliche Ansätze. Die Mobilisierung »von unten« stößt auf enge Grenzen jenseits einmaliger Aktionen wie der Anti-Hartz-IV-Demonstrationen oder des G8-Protests. Abgesehen von den überschaubaren Milieus von Überzeugungsaktivisten, die durch eine hohe interne Gruppendynamik zusammen gehalten werden, ist die Bereitschaft zu öffentlichem Handeln an kurzfristige Empörung und erkennbare Erfolgchancen gebunden. Das in Deutschland vorhandene Potential der Ablehnung neoliberaler Politik wird auch deshalb nur begrenzt freigesetzt, weil hier die Traditionen des öffentlichen Protests besonders schwach ausgeprägt sind und kaum positive Erfahrungen bestehen. Der »Marsch durch die Institutionen« ist hier der Hauptweg politischer Veränderung und hat sich zugleich immer wieder als Sackgasse erwiesen. Aus diesen Frustrationen kann Gewalt erwachsen.

Außerparlamentarischer Protest wird erst dann wirkungsvoll, wenn er die Bedingungen der Akteure innerhalb des politischen Systems verändert und sei es als glaubwürdige Drohung der Stärkung von Konkurrenten bzw. der Abwahl. Es gibt deshalb überhaupt nicht die Alternative des Entweder-Oder, außerparlamentarisch oder parlamentarisch, sondern nur die Frage der Gestaltung des *Wie*. Wie Albrecht von Lucke formuliert: »Denn eines steht fest: Ohne gestalterische Perspektive – was in letzter Konsequenz auch Regierungsorientierung bedeutet – verfängt bei eigentlich sympathisierenden Wählern und potentiellen Koalitionspartnern sehr schnell die ›Verlockung der Macht‹. ... Ohne die Verbindung von politischer Idee und konkreter Machtoption droht der linken Strömung die politische Bedeutungslosigkeit in Folge struktureller Regierungsunfähigkeit. Damit fände das sozialdemokratische Jahrhundert endgültig sein Ende.«¹⁵

Machtoptionen sind immer *auch* staatliche Optionen. Gerade wenn es um grundlegenden Wandel geht und die Richtungsveränderung von Politik, entsteht das Problem, wer die Kosten einer solchen Transformation einschließlich der Kosten der Überwindung von Widerständen gegen solchen Veränderungen tragen soll. Nur selten gibt es privilegierte Akteure, die zugleich so machtvoll sind und einen hinreichend großen Nutzen von derartigen Umwälzungen haben, dass sie bereit sind, die Kosten selbst und allein zu tragen. Institutionelle Reformen brauchen den Staat, um die Kosten einer Transformation breit zu verteilen und zugleich langfristig bindende Entscheidungen zu fällen, an denen sich das Verhalten von Akteuren dauerhaft neu ausrichten kann. Selbst Politiken der »Entstaatlichung« setzen den Staat als jenen voraus, der die Scheidelinie Staat und Gesellschaft definiert.

Von verschiedener Seite deuten sich vorsichtige Versuche an, die Chancen einer Öffnung der politischen Tagesordnung auszuloten. Parteipolitische Crossover-Projekte haben Kon-

¹⁵ Albrecht von Lucke: Europa und die Krise der Linken. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/2009 (<http://www.linksnet.de/de/artikel/24780>).

junktur, sind aber noch weit von machtpolitischen Optionen entfernt. Gewerkschaften und soziale Bewegungen testen immer von Neuem aus, welche Resonanz eine Politik des Widerstandes hat. In der Anti-AKW-Frage erwies sich, welche Massenunterstützung für außerparlamentarischen Protest gewonnen werden kann, wenn erkennbar ist, dass dadurch Politik wirksam beeinflusst werden kann. Noch aber ist dies nicht zu einer breiten, sich wechselseitig verstärkenden Bewegung von Bewegungen geworden. Aus dem Zusammenspiel von Parteipolitik, Gewerkschaften, sozialen Initiativen und Bürgerinnen und Bürgern ist noch kein gemeinsames »Yes we can!« geworden. Eine soziale und demokratische Hegemonie ist möglich, aber noch sind alle notwendigen Bedingungen dafür nicht geschaffen.

3 Ausblick

Die Mitte-Links-Regierungen der letzten zehn bis fünfzehn Jahre waren mehrheitlich Regierungen auf der Grundlage des Neoliberalismus und Finanzmarkt-Kapitalismus. Teilweise haben sie deren Effekte abzumildern versucht (waren also das »geringere Übel«) oder waren bestrebt, die Politik des Neoliberalismus zu verlangsamen. Teilweise aber wurden sie geradezu zu Motoren der Vollendung des Finanzmarkt-Kapitalismus. Gerade dann haben sie (1) zwangsläufig ihre eigene soziale Basis untergraben, (2) Projekte realisiert, die im fundamentalen Widerspruch zu den Werten von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit sowie oft auch Frieden stehen, und (3) die Linke tief und dauerhaft gespalten.

In dem Maße, wie der dritte Akt der Krise heranreift, wie Weichenstellungen unumgänglich werden, wird auch die Möglichkeit eines anderen neuen Typs von Regierung möglich – eine *linke* Regierung. Sie müsste dazu beitragen, den Weg zu einer wirklich sozialen, ökologischen und friedlichen Politik auf der Grundlage einer anderen Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik einzuleiten. Die Konturen einer solchen Politik werden immer deutlicher. Die Kräfte der fragmentierten Linken müssen sich entscheiden: Sind sie überzeugt, dass eine andere Politik real möglich ist? Haben sie den Mut, auf einen wirklichen Richtungswechsel zu setzen? Sind sie bereit, alles Notwendige zu tun, damit die dafür erforderlichen gesellschaftlichen und politischen Bündnisse geschlossen werden? Haben sie die Entschlusskraft, den eigenen Preis für solche Bündnisse zu zahlen und Partner nicht zu überfordern? Finden sie eine Grundlage für Kooperation jenseits des »kleinsten gemeinsamen Nenners«?¹⁶ Nach zwanzig Jahren der Entfesselung eines zerstörerischen Finanzmarkt-Kapitalismus ist es an der Zeit: *Hic Rhodus, hic salta!*

Michael Brie, Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse, Rosa Luxemburg Stiftung

Rosa Luxemburg Stiftung Brüssel, Ave. Michel-Ange 11, 1000 Brüssel, Belgien

Tel. +32 (0)2738 7660, Fax: +32 (0)2738 7669

Email: info@rosalux-europa.info, Web: www.rosalux-europa.info

¹⁶ Vgl. dazu Michael Brie: Jenseits des kleinsten gemeinsamen Nenners. In: Neue Gesellschaft - Frankfurter Hefte, Heft 4/2010, S. 46 – 48.